

Der Steinarbeiter

Gegn des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Einzelne Abdrucke am Sonntags. — Bezugspreis vierzig Pfennig.
Durch Mr. Dr. 2.40 Mark. — Bei Einschreibebriefen wird die
Zahlung unter Verzehrung eines Postzettels — Eintragungen in der
Reichs-Zeitung werden verboten.

Schriftleitung und Verbandsstelle:
Leipzig
Gedächtnisstraße 1, IV., Victoria Hotel
Telephon 7500.

Schluß des Blattes: Montags, mittag 12 Uhr. — Anzeigengebühr für
die dreieckige Zeile 2.— M.
Anzeigen werden nur bei vorheriger Einsendung der Kosten aufgenommen.

Nr. 33.

Sonnabend, den 14. August 1920.

24. Jahrgang

Lohnbewegungen.

Erwähnt habe: Die Firmen d. Firma und Wihl. Schumann in Oberhausen. Werkmeister Matthes, Deinrich, Firma Kretschmar in Wittenberge. Erwähnt: Firma E. J. Bräuer, Schultes (Berlin-Dahlem). Erwähnt: in Berlin (samtliche Betriebe auch der Umgebung).

Stadt: Berlin. Werkmeisterfirma (Firma Röper u. Gottschalk) zahlt 150 Pfennige. In Cotta, Borsig, Schleißheim, Neustadt a. Tröh. (Firma Vollmühler). Erwähnt: Durch einen amtlich erzeugten Geschäftsführer in die Firma "Sächsische Hartsteinwerke" hat sich eine Werkmeisterfirma dort eingeschlichen, die in obigen unter einer Erteilung des Betriebes unvermeidlich macht und damit dauernde Arbeitslosigkeit für die bisher Beschäftigten bringt. Durch eine Arbeitseinstellung fordert die Kollegen die Belebung des Arbeitersmannes. Die Steinärbeiter der österr.-deutschen Grenzgebiete werden vor Arbeitsaufnahme gewarnt!

Hannover: In Hannover sind seit 28. Juni die Hanauer und Steinärbeiter ausgepeist. Von letzteren kommen ca. 1800 Steinärbeiter und Schleifer in Frage. Die Hanauer ver suchen in Deutschland Arbeitskräfte unter aller möglichen Versprechungen zu werben. Arbeitsangebote müssen selbstverständlich abgelehnt werden.

Bayern: In Stuttgart sind seit 28. Juni die Hanauer und Steinärbeiter ausgepeist. Von letzteren kommen ca. 1800 Steinärbeiter und Schleifer in Frage. Die Hanauer ver suchen in Deutschland Arbeitskräfte unter aller möglichen Versprechungen zu werben. Arbeitsangebote müssen selbstverständlich abgelehnt werden.

Württemberg: In Stuttgart sind seit 28. Juni die Hanauer und Steinärbeiter ausgepeist. Von letzteren kommen ca. 1800 Steinärbeiter und Schleifer in Frage. Die Hanauer ver suchen in Deutschland Arbeitskräfte unter aller möglichen Versprechungen zu werben. Arbeitsangebote müssen selbstverständlich abgelehnt werden.

Baden: In Karlsruhe (Kreis und Kreisfreie) und Freiburg. Durch den Arbeitgeber abgelehnten Stundentarif fordern: dem Schichtungsausland mit dem Erfuchen unterbreitet, uns mindestens dieselbe Erhöhung zu zulassen.

Württemberg: In Stuttgart (Kreis und Kreisfreie). Der Arbeitgeber fordert, daß die Arbeitszeit um eine halbe Stunde auf den gegenwärtigen Umläufen ein zuverlässiger, staatlicher Eingriff nicht angängig sei.

Schweiz: Erst wiederholter Warnung riefen Kollegen aufs Getrenntwohl nach der Schweiz, ohne sich vorher um die örtlichen Verhältnisse ihres Reiseziels zu erkundigen. Schaden haben sie nicht nur selbst, sondern ebenfalls auch die hiesigen Kollegen. Datum Vorhol! Vorherige Information durch Rob. Sall, Am- wandsstr. 8, Stuttgart.

Erledigte Bewegung:
Berburg-Mülsen: Durch Verbindlichkeitserklärung des Deutschen Reichsministers in Düsseldorf gelten ab 1. Juli folgende Sätze und Löhne: für Steinhauser 4.25, Brecher 4.—, Abraumer 3.75, Jugendliche bis 18 Jahre 2.75, bis 21 Jahre 3.50 M. Für Wasserarbeiten Zusatz pro Stunde 0.50 M.

Zur politischen Lage.

Die Situation auf politischem Gebiet hat sich in den letzten Wochen außerordentlich verschärft und kann jeden Tag, ja jede Stunde für die gesamte deutsche Arbeiterschaft besondere und schwelle Handlungen notwendig machen. Ausgeschlossen ist es nicht, daß bis zum Erscheinen dieser Nummer daß Notwendige bereits erfolgt ist. In allererster Linie handelt es sich darum, die deutsche Neutralität in dem Kriege zwischen Polen und Russland aufrechtzuhalten. Polen hat in seinem Großvaterland, der von den früheren Alliierten und besonders Frankreich stets gefährdet wurde, sich zu einem Abenteuer gegen Sowjet-Russland verleiten lassen, für das es jetzt die Folgen oder auf gut deutsch gesagt die bedienten Prügel erhält. Jetzt schreit es nach Hilfe und seine unentschlossene und lauernde Haltung in dem nachgesuchten Frieden macht auch für Deutschland die Situation immer schwieriger, weil dadurch die Gefahr herauftaucht, daß unser Land nicht nur zum Aufmarschgebiet gegen Russland wird, sondern auch zum Kampfplatz mit all seinen Schrecken und Folgen, die schon einmal in Deutschland Geschichte vergangener Zeiten eingezeichnet sind.

Unser westlicher Nachbar, der in seiner Siegeswut gegen Deutschland jedes Maß und Ziel verloren hat, wie uns die Vorfahren durch Deutschland zu erzwingen und will schließlich dabei aus Deutschland noch mehr herausholen, es noch mehr demütigen. Wenn wir auch keine wirtschaftlichen Kriegerischen Mittel mehr besitzen, so hat aber die Arbeiterschaft sicher noch die Macht, ohne mit dem Schießstiel zu handeln, die Truppentransporte zu verhindern. Die Arbeiterschaft hat keinen Anlaß, den Kampf gegen Russlands rote Armee zu unterstützen. Man mag über Sowjet-Russland denken, die man will, aber feststeht, daß der Kampf gegen Russland, zu dem Polen sich verleiten ließ, im Grunde kapitalistischen Interessen dient und zum Ziel hat, dieser Interessen in Russland wieder unter Herrschaft zu verhelfen. Dazu darf keine Hand deutscher Arbeiter auch nur einen Finger tragen! Es muß sich nun auch als zeigen, was die klassenbewußte Arbeiterschaft der übrigen Länder, der „Siegerländer“, zugunsten unserer Neutralität in die Baghale zu werfen hat; auf die ironische können wir nach en bisherigen Erfahrungen nicht hauen, denn sie hat nicht verhindern können, daß aus der Haut des deutschen Volkes immer mehr Nieten geschritten werden sollen; auch die Arbeiterschaft der freien Länder, die hier in Frage stehen, hat wohl zum Teil den sich! Die weitere Entwicklung wird uns zeigen, ob auch Tataten

Die deutschen Arbeiter stehen in der jetzigen Situation geblieben zusammen; die Neutralität Deutschlands in dem Kampfe zwischen Russland und Polen darf von keiner Seite angefahrt werden, doch es eine Handlung sei, die sich gegen Polen, ja gegen die eigene Macht richtet, so soll uns das nicht hören, wie wollen nicht, daß sich die ganze Kriegsmeute in Deutschlands östlichen Teilen

durchmachen kann und wir dann sehen müssen, wie sich die Berührungsmittel gegen die russische Sowjet-Republik richten!

Das ist es, was zunächst abzusehen ist werden wir und in erster Linie die Gewerkschaften mit ihren 8½ Millionen Mitgliedern auf den Plan rufen, die dann in Verbindung mit den politischen Parteien das Nötige kurz entschlossen zu veranlassen haben. Liegt deren Entschließung vor, dann, Kollegen, gilt es dann zu handeln!

Zweite besonders ausgeworfen und verneint werden und daß die nötigen Einzelmaßnahmen vorgenommen werden.

Die Schätzung der zu erwartenden Einnahmen für das Rechnungsjahr 1920 begegnet nicht minder großen Schwierigkeiten als die Schätzung der Ausgaben.

An Einnahmen sollen für die Reichssteuere gewonnen werden aus:

Mil. M. Mil. M.

Reichsnatopfer . . . 2250 Körperschaftsteuer . . . 300
Einkommenssteuer . . . 2100 Erbschaftsteuer . . . 496
Kapitalertragsteuer . . . 1300 Besitzsteuer . . . 100

aus diesen direkten Steuern zusammen sollen also 6½ Milliarden Mark entfallen.

Neben diesen laufenden Einnahmen aus Reichssteuern sind an direkten Steuern eingestellt 3 Milliarden Mark aus der Kriegsabgabe vom Vermögenszuschlag.

Was die Eisen- und Verkehrssteuern anbelangt, so sollen sie zusammen 1020 Millionen Mark erbringen, davon auf Personen- und Güterverkehr allein 530 Millionen Mark entfallen sollen.

Einen Beitrag für sich bildet die Umlosteuer. Ihr Ertrag ist noch nicht geklärt. Bei der gewaltigen Erhöhung des allgemeinen Preismittels dürfte diese Schätzung wohl begründet sein.

Aus den Verbrauchssteuern, Zöllen und Monopolienahmen erhofft man einen Gesamtwert von 9087 Millionen Mark. Die Hälfte dieser Summe soll allein aus der Kohlensteuer entfallen. Bei den hohen Kohlenpreisen ist eine solche Erwartung rechtlich begründet. Gehen wir die Kohlenpreise zurück, so ist es sehr fraglich, ob die genannte Summe aus dieser Steuer gewonnen werden kann.

Auch die Zölle sind mit einer Ziffer eingestellt, die sehr hoch erscheint (2,5 Milliarden Mark). Die Ursache für diese Höhe ist noch ungeklärt. Bei der Befreiung des Zolltarifes aus der allgemeinen Preissteigerung dürfte dies die Ursache sein.

Aus den Monopolienahmen erhofft man einen Gesamtwert von 1 Milliarde Mark. Die Hälfte dieser Summe soll allein aus der Kohlensteuer entfallen. Bei den hohen Kohlenpreisen ist eine solche Erwartung rechtlich begründet. Gehen wir die Kohlenpreise zurück, so ist es sehr fraglich, ob die genannte Summe aus dieser Steuer gewonnen werden kann.

Auch die Zölle sind mit einer Ziffer eingestellt, die sehr hoch erscheint (2,5 Milliarden Mark). Die Ursache für diese Höhe ist noch ungeklärt. Bei der Befreiung des Zolltarifes aus der allgemeinen Preissteigerung dürfte dies die Ursache sein.

Die Tabaksteuer wird wohl einen weitaus höheren Ertrag bringen, als man bei der Schaffung der neuen Tabakfazette erwartet hätte. Der Tabakverbrauch ist immer noch stark. Die Preise sind sehr hoch und darum erscheint die Schaffung auf 1 Milliarde nicht unzweckmäßig.

Eine Steuer, von der gute Einnahmen erwartet werden dürfen, ist auch die Weinsteuer. Ihr Ertrag ist mit 250 Millionen Mark eingestellt.

Die Weinsteuer wird sich aus den hohen Weinpreisen der Gegenwart erklären.

Die Tabaksteuer wird wohl einen weitaus höheren Ertrag bringen, als man bei der Schaffung der neuen Tabakfazette erwartet hätte. Der Tabakverbrauch ist immer noch stark. Die Preise sind sehr hoch und darum erscheint die Schaffung auf 1 Milliarde nicht unzweckmäßig.

Eine Steuer, von der gute Einnahmen erwartet werden dürfen, ist auch die Weinsteuer. Ihr Ertrag ist mit 250 Millionen Mark eingestellt.

Die Gelegenheit, Arbeitsmöglichkeit im weitesten Bereich zu erweitern, ist dieser Voraussetzung für die Arbeiterschaft bestellt.

Es ist jedoch jeder Kollege, es sind also tatsächlich recht trübe Aussichten in die Zukunft für die Gesellschaft wie für den einzelnen, die sich aufzutun.

Wir bringen zur Orientierung einige wichtige Angaben aus der angezogenen Denkschrift: Gegenüber den Schätzungen, die vorliegen, ist die Denkschrift über den künftigen finanziellen Bedarf des Reichsstaates noch keine Aussicht gegeben worden, sieht bis gegenwärtig der finanzielle Zustand des Deutschen Reichs bestens, groß und die finanzielle Lage Deutschlands damit erheblich klarer dar. Hatte man im Sommer 1919 angenommen, daß der laufende Steuerbedarf des Reiches sich auf etwa 17½ Milliarden Mark belaufen würde, so zeigt dies jetzt ein Bedarf von rund 25 Milliarden Mark an laufenden Einnahmen. Darin sind noch keine Summen für die Betriebsverwaltungen enthalten. Die grundlegende Umwertung aller Wertverhältnisse hat man worden ist, vollkommen geändert.

Die Entwicklung der Währung wirkt ihrerseits zunächst auf die Preisgestaltung im Inland. Eine Preisrevolution, wie sie wohl kaum jemals bei einem großen Volk in dieser kurzen Zeit eingetreten ist, lehrt sich durch und führt ihrerseits wieder zu dem Bestreben, das Einkommen und die Preise höher anzupassen. Die Rückwirkung auf die Reichsfinanzen und die Finanzen aller übrigen öffentlichen Körperschaften kommt natürlich nicht ausbleiben. Sie zeigt sich in den außerordentlich hohen Aufwendungen für den Personalaufwand der öffentlichen Körperschaften, zeigt sich aber auch in den stark erhöhten Ausgaben für den Sozialbedarf. Die allgemeine Umverteilung der Preise macht besonders verhängnisvoll auf dem Gebiete der staatlichen Verkehrsunternehmungen. Mit Rücksicht auf die Bedürfnisse des Wirtschaftslebens hat man es beim Staate vermieden, die Tarife der Post und der Eisenbahnen so zu gestalten, daß ein voller Ausgleich an die allgemeine inländische Preisentwicklung erfolgt wäre. Die außerordentlich hohen Kosten haben, sind in gewissem Sinne Aufwendungen zugunsten der Postwirtschaft; denn halten die Verkehrsverwaltungen in gleicher Weise ihre Preise in die Höhe gelegt wie die Privatindustrie, dann hätte es nicht ausbleiben können, daß das Wirtschaftsleben mehr oder weniger gedrosselt worden wäre. Im übrigen ist es fraglich, ob die Betriebszinsnahmen nicht durch die Erhöhung der Tarife leiden werden.

Es bedarf der größten Energie der gesetzgebenden Faktoren und des höchsten Wirtschaftswissens, sowie einer starken, großen Öffentlichkeit der gesamten Bevölkerung, um die Schwierigkeiten zu überwinden, die sich bei der Neuordnung des Finanzsystems erfordern. Dazu ist notwendig, daß unser Volk den Ernst der Lage nach der wirtschaftlichen wie nach der finanziellen Seite hin endlich wirklich erfaßt. Es muß sich zu der Überzeugung durchringen, daß nur mit großer Mittel, mit fruchtboller Arbeit und strenger Pflichterfüllung gegenüber dem Reiche eine Besserung unserer ganzen Lage gefunden werden kann.

Zieht man die einzelnen großen Gruppen der Steuereinnahmen zusammen, so ergibt sich für die Reichssteuern folgendes Bild: Es sollen gewonnen werden:

aus den laufenden direkten und den Verkehrssteuern . . . 10,88 Milliarden M.
aus einmaligen direkten Steuern . . . 3,0
aus Zöllen, Verbrauchssteuer und Monopolienahmen 9,1

also zusammen 22,98 Milliarden M.

An jüngsten Einnahmenzahlen sind hervorzuheben: die Einnahmen aus dem Bankwesen und die Ausfuhrabgaben. Die Ausfuhrabgaben sind in der vorläufigen Schätzung mit 1 Milliarde Mark angegeben. Doch ist zu bedenken, daß diese Erträge außerordentlich großen Schwierigkeiten bezüglich der Fortsetzung der Ausfuhrabgaben bis zum Jahresende befürchtet werden. Die Einnahmen aus dem Bankwesen sind mit 950 Millionen Mark eingestellt.

Eigentlich sind an neuen Steuern, die noch nicht bewilligt wurden, vorgesehen: 2922 Millionen Mark.

Die Post- und Telegraphenverwaltung schätzt ihre Einnahmen auf 3648,8 Millionen Mark, ihre gesamten Ausgaben auf 4519,3 Millionen Mark, so daß ein Fehlbetrag von 870,5 Millionen Mark sich ergeben würde. Nach den vorläufigen Ergebnissen aber scheint es, daß dieser Fehlbetrag sich auf annähernd 1 Milliarde Mark erhöhen dürfte.

Einer der dunkelsten Punkte in dem Gesamtbild der Reichsfinanzlage ist der Haushalt der Reichsbahnverwaltung. Hatte man

im Beginn des Rechnungsjahrs 1920 angenommen, daß der Haushalt der Reichsbahnverwaltung 800 Millionen Mark gewonnen werden.

Die Einnahmen aus der Brandwehrverwertung wird aber einschließlich Freigeld nur auf 290 Millionen Mark gehängt. Die Einnahmen aus der Biersteuer ist bloß mit 100 Millionen Mark in den Haushalt eingestellt mit Rücksicht auf den auch heute noch so stark beschränkten Konsum.

Zieht man die einzelnen großen Gruppen der Steuereinnahmen zusammen, so ergibt sich für die Reichssteuern folgendes Bild: Es sollen gewonnen werden:

aus den laufenden direkten und den Verkehrssteuern . . . 10,88 Milliarden M.
aus einmaligen direkten Steuern . . . 3,0
aus Zöllen, Verbrauchssteuer und Monopolienahmen 9,1

also zusammen 22,98 Milliarden M.

An jüngsten Einnahmenzahlen sind hervorzuheben: die Einnahmen aus dem Bankwesen und die Ausfuhrabgaben. Die Ausfuhrabgaben sind in der vorläufigen Schätzung mit 1 Milliarde Mark angegeben.

Doch ist zu bedenken, daß diese Erträge außerordentlich großen Schwierigkeiten bezüglich der Fortsetzung der Ausfuhrabgaben bis zum Jahresende befürchtet werden. Die Einnahmen aus dem Bankwesen sind mit 950 Millionen Mark eingestellt.

Eigentlich sind an neuen Steuern, die noch nicht bewilligt wurden, vorgesehen: 2922 Millionen Mark.

Die Post- und Telegraphenverwaltung schätzt ihre Einnahmen auf 3648,8 Millionen Mark, ihre gesamten Ausgaben auf 4519,3 Millionen Mark, so daß ein Fehlbetrag von 870,5 Millionen Mark sich ergeben würde. Nach den vorläufigen Ergebnissen aber scheint es, daß dieser Fehlbetrag sich auf annähernd 1 Milliarde Mark erhöhen dürfte.

Einer der dunkelsten Punkte in dem Gesamtbild der Reichsfinanz-

lage ist der Haushalt der Reichsbahnverwaltung. Hatte man im Beginn des Rechnungsjahrs 1920 angenommen, daß der Fehlbetrag bei dieser Verwaltung sich auf 12 Milliarden Mark berechnen würde, so zeigt sich jetzt, daß auch diese Summe nicht ausreichen wird.

In dem Entwurf eines Gesetzes über die weitere vorläufige Regelung des Reichshaushalts für das Rechnungsjahr 1920 wird festgestellt, daß nach weiteren Berechnungen der Fehlbetrag für das erste halbe Jahr 1920 sich auf 7900 Millionen Mark belaufen wird. Für ein ganzes Jahr würde demnach der Fehlbetrag die ungeheure Höhe von 15,6 Milliarden Mark erreichen.

Zusammenfassend ergibt sich bezüglich des Haushalts für 1920 demnach folgende vorläufige Übersicht:

Die Einnahmen aus Zöllen und Steuern, die Monopolienahmen und Ausfuhrabgaben, die Einnahmen aus dem Bankwesen und sonstige kleinere Einnahmen sollen insgesamt 27,77 Milliarden Mark erbringen, darunter 2,9 Milliarden Mark aus einmaligen Steuern, die noch nicht bewilligt sind, und 3 Milliarden Mark aus einmaligen Steuern. Die Ausgaben des ordentlichen Haushalts sind, nach Abzug von 180 Millionen Mark Rücksichtnahmen, veranschlagt mit 27,7 Milliarden Mark. Würden die tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben sich so gestalten, wie sie im Vorablagen gezeigt sind, so würden, wie schon erwähnt, sich die Einnahmen und Ausgaben des ordentlichen Haushalts die Werte der tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben, die sich im Vorablagen zeigen, und die tatsächlichen Ausgaben des Haushalts für 1920 befinden. Hinzu kommt die Bruttostiegung von hunderttausenden von Arbeitsplätzen, die gern schaffen wollen, um leben zu können. Es geht sich tatsächlich um alles. Wenn es nicht gelingt, die Schwierigkeiten aus wirtschaftlichem Gebiet und jene in der Finanzlage des Staates zu überwinden, dann treten wir einer Katastrophe

	Gesamteinnahmen	Gesamtausgaben</
--	-----------------	------------------

zu deren Folgen heute nur gehabt werden können. Gewiß gibt es wohlsohngesetzte, die mit einer gewissen Schadenfreude die Verstärkung dieses Zustandes ersehen sehen, ihn befürworten möchten, weil sie die Auffassung haben, ihren Zielen damit näher zu kommen. Wir finden diese verhältniswerte in den beiden Extremen auf der äußersten Rechten und der äußersten Linken. In ihren Zielen stehen sie sich gegenüber wie Feuer und Wasser, aber auf dem Wege zu ihrem Ziel treffen sie sich oft in derselben Richtung. Das gibt doch zu denken!

Lohnabbau wegen Preisabbau?

Folgender Artikel wird uns zu dem Thema geschrieben, wir kommen noch darauf zurück:

In den in Nr. 30 unter obiger Überschrift erschienenen Artikel sei mir gestattet, anzuhören, wobei ich voraussetze, daß ich mich für den Ausdrucke im angezogenen Artikel voll angestellt. Der Sinn meiner Zeilen ist ein unbedingt nötige Abwehrmittel hinzuweisen. Dies ist nicht möglich, ohne vorher über den sogenannten Lohnabbau einzutreten. Während dieser für die Industrie, die für Kriegsbedarf arbeiteten, bereits im Jahre 1915 begann und bis zum Abschluß der Revolution einen, wenn auch nicht voll bestreitenden Erfolg zeigte, mußte bei vielen Industriegruppen darunter nicht zuletzt des Steinindustrie, sehr nach der Revolution der eigentliche Lohnabbau beginnen werden. Hatten wir doch noch Stundenlohn von 10, 10 Pf., in wenigen Tagen über 1 M., während andere Betriebe ihnen erheblich mehr bezogen. So erging es außer uns noch vielen anderen Industrien. Sodann dieser Gang, die mit schlechtem Gewissensgang und mit sehr zugeknüpften Verbindungen, die Arbeitgeberorganisationen zu rechnen hatte, war sich selbst überlassen. Die Lohnabzüglichkeiten erzielten, einen großen Teil der Löhne durch den Krieg verloren, in angepaßter Rationierung abgenommen, um sie und Mittel zu gewinnen, fiel es diesen Arbeitgebern um so leicht und einfach zu erkämpfen, daß in einer Zeit der fortwährenden Geldentwertung eben keinerlei Ausgleich boten. So fanden wir, um die uns nachliegende Gruppe herauszutrennen, den Steinarbeiterverbund, keine anderen Leistungszulagen erfährt, die bei Abschluß der jeweiligen Unterhandlungen bereits wieder durch die Preissteigerungen überdeckt waren und schon muß die neue Lohnbewegung begonnen werden. Erst der größte Anstrengung war es nicht möglich, der Preisentwicklung zu folgen und kurze leben wir uns hand in hand mit all den übrigen, die in gleicher Lage befindlichen Gruppen ebenfalls hinter der Preisentwicklung, oder auch hinter den Löhnen, zurück blieben und zurückblieben, für die günstigere Verhältnisse zu hoffen. Während also der eine Teil der deutschen Organisationen Arbeitgeber nicht annähernd das fürchten kann, was es dem anderen Teil verhältnismäßig leicht, sich Löhne zu erkämpfen, die, wenn auch nicht voll genug, doch eher den Verhältnissen Rechnung tragen. Wäre es nun nicht Aufgabe des großen Bruders gewesen, daß auch um den kleinen im Namen mit dem Unternehmertum unterlegenen Bruder zu jagen?

So zu dem Fader, in dem die Größe des großen und kleinen Bruders automatisch ist, wenn wir dazu diese konzentrierte Kraft zugunsten jedes Teiles zu vertreten. Darauf war nichts zu hoffen. Der große Bruder setzte und setzt für sich, ohne sich zu umzusehen, ob der kleine nicht eindrücklich durch die wirtschaftlichen Verhältnisse und Unterwerfung erdrückt wurde.

Die letzten Wochen zeigen, daß die Arbeitgeber sich die Wirtschaftsfeinde in einfacher Weise zu Nutzen machen, um die Arbeiterschaft zu zerstören. Derjenige Teil der Arbeiter und ihre Organisationen, die einen großen Teil ihrer Spannart bei einem Lohnabbau betroffen waren, werden nunmehr wieder als erste in die Schranken gerufen, um den Lohnabbau zu verhindern, ja lange keine Stabilität, geschweige ein andauerndes Rückgang in den Preisen zu verzeichnen ist. Wie steht im wirtschaftlichen Kampf zwischen Arbeitgeber und Verbraucher zur Verfügung und die Erfahrung lehrt, daß sie dabei auch zum Teile zärtliches Gebrauch machen. Beziehungsstellungen, Preissteigerung, Rohstoffzurichtung, Preisgestaltung usw. sind an der Tagessordnung, um so die durch Sinten der Kaufkraft eingetretene Krise noch zu verschärfen. Die aufständischen Fronten, die eine Sabotage dieser Krise entgegengestellt hatten, um die Volkssolidarität nicht noch mehr in Verfall zu bringen, verjagten beinahe ganzlich. Diese Umstände tragen dazu bei, daß der Anstoss zwischen Kapital und Arbeit ein schwerer wird, um so schwerer, je weniger die Arbeiterschaft all ihre Kräfte zusammenfaßt, wie es leider bisher geschieht.

Sollte es den im Gewerkschaftsbund zusammengetaften Kräften nun diese 8 Millionen Arbeiter nicht gelingen, allen Arbeitern in von Zeit zu Zeit nachzutreibendem Erhaltminimum zu versprechen? Wenn Lohnabbau blieb in dieser Beziehung alles zu schaffen, wozu soll es nun auch jetzt dabei stehen? Arbeiterschaft mit dem Arbeitgeber, nicht aber mit dem eigenen Arbeitgeber. Solche nicht der Vergangenheit, Heute, Gestorben ist, ist nicht für sich, zu es nicht der Eisenbahner ebenfalls ohne Mühsamkeit heraus, zu andere Arbeiterschaften bleiben? Wäre es möglich, daß in einem Bezirk, ja in einem Ort der eine schwierende Bruder einen Stundenlohn von 140 M. während der anderen einen solchen von 640 M. und noch sonst werholle Verhältnisse wie jetzt Wohnung, Licht, Strom usw. bezieht, wenn eine praktische Arbeiterschaft bestünde. Soll es nun durch das

Merkmal der Solidarität nunmehr auch noch dazu kommen, daß der Lohnabbau der ersten begonnen werden kann? Es kommt dazu, wenn nicht schnellstens die geeigneten Schritte unternommen werden, diese dringend notwendige Solidarität herbeizuführen. Hier hat der Gewerkschaftsbund einzutreten, und wenn das Wort Solidarität nicht eine leere Phrase sein soll, müssen und können Erfolge erzielt werden. Nehmen wir erst Solidarität unter den beruflichen freigewerkschaften und lassen wir vorläufig die ansichtslose Hoffnung auf die Solidarität des Weltarbeiterkampfes fahren. In allen Versammlungen, Konferenzen usw. müßte die Forderung erhoben werden, daß nun endlich seitens der Organisationsleiter und dem Gewerkschaftsbund dem Wahlspruch einer für alle und alle für einen gut Anwendung bringt. Gleichzeitig es nicht, dann füllt ein großer Teil unserer Arbeits- und Klassengenossen zum Lumpenproletariat oder Lohnarbeiter für die heute noch besser geprägt Brüder heran. Nehmen wir uns ein Vorbild an dem einheitlichen Kampftag der Arbeitgeber. Nur dadurch werden wir in der Lage sein, unsere Arbeiterschaft und damit die Volkssolidarität zu erhalten und zu vermehren. Solidarität statt Gruppen und individuellen Egoismus!

Nichts Gewerkschaftsbund, Berufsorganisationen, Ortsausschüsse, Bahnhöfen und Straßenbahnen und jeder einzelne das Augenmerk auf dieses erreichbare Ziel, so muß es in furzer Zeit gelingen, auch den Arbeiter, der schlecht gestellte Industrie eine, wenn auch bescheidene Existenz zu erhalten, die ohne diesen Zusammenschluß verloren geht. Solidarität zwischen Hand-, Kopf-, Fach- und Hilfsarbeiter. Dieser und nur dieser Weg kann uns nach meiner Ansicht vor der eisernen Umlammerung des Kapitals und vor gänzlicher Verzweiflung retten. Schärfster Kampf den zerstümmelten Egoismus!

X. G.

Berufsverwandtes.

Der Verband der Einzelner, Pflasterer und Berufsgenossen hat auf Grund einer statistischen Erhebung versucht, sichere Unterlagen über die Arbeitslosigkeit im Berufe zu bekommen. An dieser Statistik sind 187 Filialen mit 9136 Mitgliedern beteiligt, während leider 120 Filialen den Fragebogen nicht beantwortet haben. So bedauerlich auch diese Nichtbeteiligung ist, so gestalten trotzdem die vorliegenden Angaben die Berufslage richtig einzuschätzen. Von 9136 Mitgliedern waren am 5. Juni 1915 arbeitslos. Jedes neunte Mitglied ist ohne Berufserwerb; 1514 arbeiten in anderen Gewerbszweigen. Das sind mit den Arbeitslosen 23 Prozent, die von der Berufsunfähigkeit abgesondert sind. Die Zahl jener, die verarbeitet arbeiten, ist mit 327 festgestellt. Angehört der Arbeitslosigkeit ist diese Ziffer minimal. Die "Steinseherzeitung" sagt darüber: "Doch hinter dieser Geringfügigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit zur Begegnung der Arbeitslosigkeit nicht das manchmalste soziale Interesse der arbeitenden gegen die arbeitslosen Mitglieder steht. Nein, hier treten die technischen Erziehungen des Strafenbaureisens in den Vordergrund. Der Bau einer Strafe oder irgend eine Verbesserung derselben ist in den meisten Fällen ein den Verkehr hindern Koment. Diese durch den Strafenbau erfolgte Sichtung des Verkehrs muß schnell und kurzfristig beendet werden. Eine wesentliche Verkürzung der Arbeitszeit bedeutet gewöhnlich eine Verlängerung des Zeitraums der Verkehrsstörung. Natürlich stellt dies keineswegs eine Entschuldigung der Tatsache dar, daß bis zur Begegnung der Arbeitslosigkeit die Arbeitszeitverkürzung nur in geringem Umfang angewendet worden ist. Wir haben das Vertrauen in die soziale Einigkeit und das soziale Mitgefühl der gesamten Kollegen, daß sie kein Mittel untersucht lassen werden, um die Arbeitslosigkeit im Berufe zu bauen."

Die weiteren Ausführungen in bezug auf die Arbeitslosigkeit der Steinseher erweisen nicht nur das Interesse unserer in der Pflasterer-Industrie tätigen Verbandsmitglieder, sondern zeigen auch die bekannte Tatsache, daß die heimige Berufsslogen der Pflastersteinarbeiter im engen Zusammenhang steht mit dem Dienstbetriebe des Strafenbaus: "Der Bedarf an Strichen ist ein großer. Welches soll nun über die Urteile, die zu diesem großen Niedergang des Strafenbauwesens führen? Die Antwort ist kurz gegeben; der Krieg mit seinen Verwüstungen an Menschenleben und Gütern ist der Ursprung alles Elends, was sich jetzt im Kreise unseres Gewerbes offenbart. Die Enquete am 5. Juni stellt fest, daß in 99 Tariforten Arbeitnehmer verschiedenster Art von den Auftraggebern zurückgehalten werden. Von den mit den Arbeitern zurückgehaltenen Auftraggebern sind 112 Behörden, sowie in 7 Fällen private Unternehmen festgestellt worden. Es sind Gemeindeverwaltungen, Stadtmagistrate, Kreisräte, Landesbanken, Eisenbahnbüros usw., die keine Arbeiten ausführen lassen. Auf die Frage nach den Ursachen und den Gründen der Zurückhaltung der Strafenbauten durch die Behörden ist in 43 Fällen ein Geldmangel angegeben worden. Zweifelschärfe steht es fest, daß zahlreiche Gemeinden durch den Krieg in eine noch nie dagewesene Finanznotlage hineingeraten sind; mit ihrem Kredit sind verschiedene Gemeinden am Ende; sie stehen vor dem Risiko. Aber dieselben Gemeinden haben Auswendungen für die Unterstützung der Arbeitslosen in einem immer größer werdenden Umfang zur Förderung der größten Not zu machen. Man trägt sich mit dem Gedanken der „produktiven Erwerbslosenfürsorge“, die neben der Unterstützung der Arbeiterschaft in anderen Berufen die Arbeitsnachfrage und die Mittel zur Übernahme auswärtiger Arbeit

herstellt. Wir sind der Meinung, daß gerade das Strafenbaubau dasjenige Objekt darstellt, zu welchem in Notstandszeiten die verschiedensten Behörden greifen, um die Gewerkschaftsunterstützung in produktive Formen zu bringen. Sollte dies, was früher die Regel war, heute nicht mehr möglich sein? Der Bedarf ist vorhanden. Die ungeheure Verstärkung von Strafgelegenheiten erfordert natürlich auch eine große Anzahl neuer Wohnstraßen in allen Gemeinden und Städten Deutschlands. Die Förderung des Strafenbaus ist darum auch heute noch ein Mittel, den Notstand weiter Bevölkerungskreise zu verhüten und doch produktive Werke herzorzustellen.

Als weitere Maßnahme der Zurückhaltung von Strafenbauarbeiten sind in 18 Fällen die "hohen Löhne" angegeben worden. In Verbindung damit ist festgestellt worden, daß auf 20 Baustellen, welche zurückgestellt worden sind, das Steinmaterial schon lagert. Gegen diese Verteilung der Bauarbeiten ist, wie oben gewohnt, daß gerade von den höheren administrativen Stellen des Strafenbausens auf die sozialen Notwendigkeiten und Erfordernisse von jener wenig Rücksicht gelegt worden ist. Es sei nur daran erinnert, wie gerade diese Stellen in der Vorfristigkeit die Lohn- und Tariffragen ungünstig beeinflußt haben, aber jetzt, wo die Einstellung eines einzigen Arbeitslosen schon ein Gewinn für die Volksgemeinde sein soll, jetzt müssen wir von diesen Herren etwas mehr Weitblick verlangen. Es ist einfach eine Sabotage am Strafenbauwerk und an der Volksgesundheit, wenn die "hohen Löhne" als Ursache der Zurückhaltung der Produktion angegeben werden. Wir halten uns gar nicht lange mit der Beweisführung, daß die "hohen Löhne" die Schulde an dem wirtschaftlichen Niedergang seien, auf, da auch der unbeschädigte Beobachter des Wirtschaftsbuchs längst die ehrne Tatsache erkannt hat, die Preise für alle Lebens- und Bedarfsartikel als primäres Moment und die Lohnsteigerung als sekundäres angesehenen ist. Zugleich steht fest, daß die Entwicklung der Löhne der Erzeugung der Preise nicht im entgegengesetzten gefolgt sind. Im Kreise Lingen sollen, wie uns mitgeteilt wird, auf den verschiedenen Stufen des Bezirkes noch 20.000 Quadratmeter Steinplastersteine liegen, das dortige Landesbankamt aber lehnt die Verarbeitung derselben ab, weil die Löhne zu hoch sind. Ein weiteres Landesbankamt in Hannover stellt einen Strafenbau, der zur Hälfte fertig ist, ein, weil ebenfalls die Löhne angeblich zu hoch seien. Solche Sachen verstehen die Arbeiter nicht. Hier muß Abschaffung in jeder Form geschaffen werden. Die Not der Zeit zwinge dazu. Weiter sind in 33 Fällen als Ursachen der Zurückhaltung von Strafenbauarbeiten Materialmangel und Materialsteuerung angegeben worden. Der Materialmangel ist nur als Vorwand in den meisten Fällen abzutun. Nach den Mitteilungen aus der Steinindustrie sind die Steinbrüche mit Strafenbaumaterial überfüllt. Es kommen nur beschrankte Teile Deutschlands in Frage, denn Steinindustrie durch den Export nach dem Ausland ihre Lager räumen könnten. Ein anderes Kapitel ist aber die Materialsteuerung. Ohne Zweifel steht fest, daß die Preise für Pflastersteine der sprunghaften Preisentwicklung aller anderen Produkte nicht nachstehen. Die Steinindustrie ahnen das Beispiel der Eisenindustrie und der Landwirtschaft mit der größten Gewissenhaftigkeit nach. So betrifft z.B. der Preis für ein Quadratmeter Pflasterstein in Düsseldorf im Jahre 1914 425 M. Im März 1920 aber werden für dieselben Steine der Preis von 77 M. pro Quadratmeter gefordert. Die Löhne der Steinarbeiter sind in gar keinem ähnlichen Verhältnis gestiegen, wie die Preise des Materials. Diese Erhöhung trifft für fast ganz Deutschland zu. So war sind die Brüder ganz wesentlich erhöht worden und auch alle Unarten der Stahlverbrauchenden Steinindustrie sind gestiegen, aber die Hauptbrüder ist, die Steinindustriellen wollen verdienen wie alle anderen. Was wunder, wenn man in den Kreisen der Strafenbauarbeiter verbrauchenden Behörden mit dem Gedanken schwanger geht, die Steinbrüder in eigene Gewirtschaftung zu nehmen. Anfangs dazu sind schon vor dem Kriege gemacht worden, warum packt man hier nicht schärfer zu, die Verbraucher und die Arbeiter werden diese Pläne nur begrüßen."

Diese trostlosen Zustände auf dem Arbeitsmarkt der Steinseher sehen wir auch in der Steinindustrie sich ausbreiten. Familiäre Gewerbe, die keine lebenswichtigen Betriebe darstellen, leiden darunter. Die Not der Arbeitslosen wächst von Tag zu Tag, mit ihr auch die Erbitterung gegen die Zustände. Die Arbeitslosenunterstützung ist bei der heutigen Kaufkraft des Staates nur ein Trocken auf einen heißen Stein, bedeutet tatsächlich ein Almosen, nicht mehr! Die "Steinseherzeitung" schreibt dazu ganz richtig:

"Die Not der Gegenwart läßt sich nicht mit Wechseln auf die Zukunft beseitigen. Hier ist das ureigene Gebiet der Gewerkschaften, welches sie befreien müssen. Und dieses kann nur von einem großen geschlossenen Gang geschehen. Mehr wie sonst ist jetzt die gewerkschaftliche Einigkeit und Geschlossenheit nötig. Eine alte Erfahrungswise auf gewerkschaftlichem Gebiete ist auch, wenn man erneut feststellt, daß diese Seiten zu Gewerkschaftskämpfen und zu ihren Erfolgen ungünstig sind. Alle Kollegen müssen es sich jetzt dreimal überlegen, ehe sie zu der Waffe der Arbeitsniederlegung greifen, um ihre gerechten Forderungen durchzusetzen. Es muß erneut als Nächstnur gelten, daß ohne die besondere Zustimmung des Zentralvorstandes und seiner Vertreter kein Streit geführt

Rußland, durch die der Preis der Nahrungsmittel in Großbritannien auf die ehemalige Höhe getrieben wurde.

Die Wohnungskrise bleibt ungelöst. Die Kosten des Baumaterials machen eine kostbare Produktion unmöglich. Die Grundursache hierwohl ist die auswärtige Politik. Die Hilfe, die Russland uns geben würde durch den Export von Baumaterial, wird durch die auswärtige Politik der Entente unmöglich. Auf jedes Land und jeder auf dem Erdboden zahlbares Haus zahlt das britische Volk hunderte von Prozenten als indirekte Steuer dank der auswärtigen Politik.

Wir sind bereit, alles als Erklärung für die hohen Preise anzunehmen, außer der wirklichen Erfüllung. Lebenswerte Anstrengungen, eingezogen vom Bürger, werden gemacht, um den sterbenden Volkskörper zu retten, um die Volkssolidarität zu geben. Die englische Regierung erlaubt wie toll Aufträge in den Angebereien der Zeitungen zu den geliebten Publikum, die es veranlassen sollen, Schenkungen zu tragen, um die schwere Schuld zu vermindern. Anstrengungen zur nationalen Sparsamkeit am Beispiel, die Preise niedrig zu halten, prangen in jedem Stadtviertel. Weiter die Regierung noch die Verbilligung schenkt ihnen viel Aufmerksamkeit.

Sozialisten und Arbeiter befürworten die Kapitalsteuer zur Veränderung der Nationalökonomie als Mittel, niedrige Preise zu bringen. Die Handelsstrafen werden als die Schenken dieses Dramas versteckt und freie Märkte für sie gefordert.

Und während dieser Zeit beherrscht die alte auswärtige Politik die Brüdereschaften der Welt und erlaubt jede Anstrengung, die wirtschaftliche Zahlungsfähigkeit wiederherzustellen und den Friedensvertrag zu realisieren. Der Chef des Staates lebt dem Lande mit, daß die Hoffnungen auf Frieden geringfügig sind und möglicherweise Menschen, die gegen den Frieden gekämpft haben, um den Krieg zu beenden, fertig und bereit zu sein für weitere Kriege. Die zweite Kriege, die wir hinter uns haben, und die viel größeren, die uns verprochen werden, sind das Resultat der auswärtigen Politik.

Eine Kapitalsteuer, die die Verminderung der nationalen Schuld, die Kontrolle der Krise, das Herabsetzen der Inflation und des Notenumsatzes, höben nicht den gesetzten Nutzen, wenn dem Staatmann erlaubt wird, die gegenwärtige politische auswärtige Politik weiter zu verfolgen. Alle diese Anstrengungen verlaufen, weit weg von der Seele des kleinen, den Eltern einzuhören.

Das Gewerkschaftsrecht, und das auch dem englischen Volke eingepflegt werden, ist, daß die auswärtige Politik die nationalen Angelegenheiten betrifft, und daß es keinen Zweck hat, zu versuchen, die auswärtigen Belange zu verbessern, solange die auswärtige Politik von dem gewünschten Zweck gehindert wird und, daß der gegenwärtige Zweck beherrscht den Verlust unterdrückt, engen, schriftstellerischen Gewerken, wissenschaftlichen Geistern, zu befreien.

Der Weg, die Preise herabzusetzen, ist, die Krise aufzuhalten und zu erkennen, daß die Welt eine wirtschaftliche Einheit ist, und daß die Verförderung des Handels eines Landes unheilvoll auf die wirtschaftlichen Bedingungen anderer Länder zurückwirkt. Wenn die Nationen nur die Erkenntnis dieser Tatsachen anwenden und verhindern würden, so leicht auch die Lage der Welt ist, sie könnte durch internationale Zusammenarbeit schnellstens wiederhergestellt werden! Die internationale Zusammenarbeit, die solche Wunder der Produktion für den Zweck des Krieges geleistet hat, könnte sehr bald den zerstörten Feldern neue Kraft und reichliche Ernten geben.

Es gibt keinen anderen Weg, die Preise herabzusetzen. Wenn diese Politik nicht angewendet wird, dann werden die Dinge vom Schlechten zum Schlimmsten treiben. Militärische und maritime Expeditionen müssen aufhören. Die Hilfesachen der Volker in Menschen und Material müssen menschlicher und produktiver Arbeit gewidmet werden, nicht der Verförderung von Leben und Gesundheit.

Die Ursache der hohen Preise ist die auswärtige Politik. Hammer das dem Lande dieses Landes mit Energie und Beharrlichkeit ein. Verändert die auswärtige Politik, dann liegt es in unserer Macht, alle die anderen Probleme, die von ihr herrühren, zu lösen zum Nutzen der Zukunft und Gegenwart.

Proletarische Größe.

Die meisten Menschen sind groß im Kleinen. Sie haben die verschiedenen kleinen Ziele, den verschiedenen Charakter. Von einem Städtchen jagen sie zum andern, und wenn dann das Leben zu Ende geht, dann liegen diese Städtchen vor ihrem Herrn in das Reich zurück, aus dem sie kamen und von dem Lebensinhalt des Menschen bleibt nichts mehr.

Das sind die Menschen mit der kleinen Seele, die Tiere, die Insekten, die bei ihrem Laufender Streben noch nichts wissen von dem kleinen Großen, das den natürlichen Inhalt des Lebens bilden soll.

Im Sinne der ewigen Seele zu leben, aus der die Entwicklung zu Ende und aus der die Zukunft wird, das ist Leben. Das ist das kleine Zögern, wenn der Mensch sein Ich mit winzigen Neuerlichkeiten zu füllen sucht. Die große Seele ist nur glücklich im Aufsehen, und je größer sie ist, um so mehr hat sie das unverstehbare Lebensbedürfnis, sich hinzunehmen dieser großen Lebensidee, dieser Menschenidee, diesem Sozialstaatgläubigen, wie er in unserem Kampfe zum Ausbruch kommt.

Das ist das kleine sittliche Glück, sein ganzes Innerstes hinzugeben keinen Brüdern. Und wenn der Egoist längst vergessen, dann nimmt die große Seele noch immer in den Herzen dieser Neuen nach, dann bringt sie in ihnen weiter, dann wird sie ein Kind dieses wundersamen Weltgeistes bis in die Ewigkeit.

werden kann, und daß vorher alle Mittel schiedgerichtlichen Verfahrens angewendet werden müssen, ehe zum leichten Mittel gegriffen wird. Die Eingangsmitte der Gewerbegeister, die Schlichtungsausschüsse sind mit der Entscheidung über Fragen der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu betrauen. Sehen wir klar, es mehren sich die Fälle, wo der Zweck der leiblichen Not bei den einzelnen größter ist als das Solidaritätsgefühl mit seinen Arbeitsgenossen, ziehen wir aus den Zuständen die richtige Auskunft, dann wird die Kampfkraft der Gewerbe in seiner Weise gefürchtet, sondern gestärkt das Ende dieser Seiten überdauern und uns unseren höheren Zielen näherbringen.

Warnung!

Seit Wochen kreist ein angehörender Steinmetz mit einem Bandbuch Nr. 18 647 auf den Namen 1900 Döbeln, geb. 21. Juli 1891 zu Leichen in b. Chemnitz ausführliche Zahlstellen. Beim Aufsuchen nehme man ihm nicht das Bandbuch ab, sondern überreiche ihn der nächsten Polizei. Er sei, soweit es bis jetzt bekannt wurde, sich unter folgenden Vorwiegungen Geltung eröffnet von den Gewerkschaftskreisen Grimma und Hainichen, den Zahlstellen in Penig, Pirna, Löbau. In Liegnitz hat er die Frau eines Kollegen um 110 M. geprellt, den Gemeindeschulthei in Höhnefthien um 20 M. usw. Dieser Schwindler behauptet, vom Verband eine Streitunterstützungserklärung von 200 M. zu haben, tritt auch recht radikal auf und redet hauptsächlich auf die Unkenntnis der Fronten unserer Zahlstellenföderation. Die Geprägten kommen mit ihren Forderungen an den Vorstand, der natürlich nicht höflich ist, wenn solchen Personen entgegenzutreten. Statt Geldes ausgehändigt werden. Darum Vorsicht und zugegriffen!

Beim Schlus des Blattes wird uns noch mitgeteilt, daß dem vorstehend genannten Schwindler Döring ein Buch in Wurzen am 13. Juli 1920 ausgeleitet wurde. Es war Mitglied des Betriebsverbands und behauptete Steinmetz zu sein. Ist also übergetreten; hat nun dadurch, daß die Zahlstelle in unbestimmter Weise den Übertritt vollzog, zwei Verbandsbücher und zieht, wenn er Dummie findet, beide Organisationen aus. Überreste werden nur im Hauptverband erledigt. Das mögen unsere örtlichen Kassierer bitte unbedingt beachten. Den Döring sind dennoch beide Bücher abzunehmen und an den Verbandsvorstand einzuführen.

Aus den Zahlstellen.

Wurzen. Am 28. Juli hielt die Zahlstelle Wurzen ihre Generalversammlung im Gasthof Lüpke ab. Vorsteher Pfeiffer eröffnete die Versammlung mit der Tagesordnung: Abrechnung vom 2. Quartal, Revisorbericht, Stellungnahme zu dem Bericht von der uns zugesandten Betriebsstoff-Industrie Nord-Westdeutschlands, Allgemeines. Kollege Henning erläuterte den Rassennbericht vom 2. Quartal. Eine Gesamteinnahme von 1822,40 M. nach Abzug der uns zulässigen Anteile ist dies der Hauptklasse zugegangen. In der Lotalkasse blieb ein Rassenbestand von 401,55 M. am Schlusse des 1. Quartals. Im Laufe des 2. Quartals hatte die Lotalkasse eine Einnahme von 1018,11 M., der eine Ausgabe von 408,29 M., für Verwaltung persönliche und sachliche gegenüber stand. Bleibt ein Bestand von 606,52 M. Der Mitgliederbestand beträgt am Schlusse des 2. Quartals 155 männliche, 27 weibliche. Kollege Gorbach gibt den Revisorbericht, erklärt, Belege, Marken und Rassenbestand mit den Büchern übereinstimmend besunden zu haben. Erklarung des Kassierers wird einstimmig beschlossen. Der 3. Punkt wird von dem Kollegen Holzweig in ausführlicher Weise dargelegt. In der Debatte sprechen sich die Kollegen Pfeiffer, Fröhlich, Lehau und Garbach gegen die Materie aus. Folgender Antrag wird angenommen: „Die Generalversammlung in Lüpke lehnt den Entwurf der Betriebsstoff-Industrie Nord-Westdeutschlands betreffs der Schlichtungsaussicht ab. Die Zahlstelle Wurzen beantragt eine nochmalige Beratung über den § 5 der R. A. V. mit den Unternehmern.“ Der Schiedspruch, der noch beim Demobilisierungsausschuss liegt, wurde von der Versammlung schriftlich bestätigt und folgendes beschlossen: „Der Gauleiter ist zu fragen, was für Mittel er angewandt hat, um den Schiedsspruch für verbindlich erklären zu lassen. Die Anwesenden sind nicht mehr geneigt, sich die Verhältnisse gefallen zu lassen und ersuchen binnen 3 Tagen Bescheid zu Händen des Kollegen Pfeiffer, Wurzen.“ Ferner ist die Versammlung der Meinung, daß den Schlichtungsaussichtern, die für die Pfaster- und Schotterindustrie zu schaffen sind, nicht das Recht zugesprochen werden kann, endgültig zu entscheiden. Den Kollegen muß als letztes Mittel immer noch der Streit gewährleistet werden. Ferner ging noch ein zweiter Antrag ein: Infolge der fortgesetzten Teuerung der Lebensmittel (hauptsächlich Brot und Kartoffeln), soll in nächster Zeit eine Bezirkstagkonferenz einberufen werden, die Stellung zu einer neuen Lohnforderung nehmen soll. Auch dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Blauberg. In Nr. 31 des „Steinarbeiter“ war unter „Blauberg“ ein Artikel zu lesen, der einige Kollegen der Zahlstelle Blauberg verächtigt. Hauptsächlich sollen es Quertreiber sein, die der Zahlstellenverwaltung, die nach Angabe des Artikelschreibers ihr ganzes Wissen und Können in den Dienst der Organisation stellt, das Arbeiten so schwer machen. Der ganze Artikel spiegelt nur den Neiger eines erst kürzlich abgesetzten Vorständen wider. Um nun kein falsches Bild aufzumachen zu lassen, ist es unsere Pflicht, die Sache ins richtige Licht zu stellen. Die Behauptung, daß in unserer Zahlstelle Nörger und Quertreiber vorhanden sind, ist unwahr. Da wir genau wissen, welche Kollegen der Artikelschreiber meint, so sei hier konstatiert, daß gerade diese vermeindlichen Nörger und Quertreiber es sind, die die Ortsverwaltung in jeder Hinsicht am meisten unterschätzen; vorausgesetzt immer, daß es sich hier um das Geheiminteresse der Kollegen handelt. Eine einseitige Politik aber, die vom besagten Artikelschreiber und einigen seiner Komplizen in der letzten Zeit so rege betrieben wurde, muß auf das entschieden bekämpft werden. Erst bei Abschluß des letzten Quartals mußte wieder so ein vermeindlicher Nörger die Bücher und Abrechnungen, die unter der Leitung des Betreffenden sich in einem geradezu jämmerlichen Zustand befanden, in Ordnung bringen. Gerner wird der Vorwurf erhoben, daß gerade unter der Leitung dieser Nörger der Grundlohn vor Inkrafttreten des Bahnischen Werksteinartikels einer der schlechtesten im Reich war. Dass gerade der Grundlohn, sowie überhaupt der ganze Bezirkstarif des Bahnischen Balbes vor Abschluß des neuen Werksteinartikels einer der schlechtesten war, muß angegeben werden. Hierüber aber die Zahlstellenverwaltung Blauberg verantwortlich machen, das geht denn doch zu weit. Man muß da unwillkürlich die Frage aufwerfen, wie es denn eigentlich kam, daß die Rebaktion einen solch unbedarften Vorwurf im „Steinarbeiter“ zuläßt? Bei Abschluß des Bezirkstarifes 1908 und 1914 war doch immer ein Vertreter der Zentrale, sowie der Gauleiter anwesend. Folglich ist also auch hiermit eine Verleumdung dieses Kollegen widerlegt. Den Rest stellt dieser Kollege erst auf mit der Behauptung, daß diese Nörger heute nun wieder an der Arbeit sind, die Arbeitskraft Blaubergs zu zerstören, um die alten Missstände wieder herbeizuführen. Dieser junge Mann, der, als die Zahlstelle Blauberg 1908 gegründet wurde, noch auf dem Mutterboden saß, weiß vielleicht gar nicht, welche große Mühe es der damaligen Zahlstellenverwaltung kostete, die Arbeiter dem Verbande anzuführen. Auch weiß er vielleicht nicht, mit welch brutaler Gewalt diese Führer von dem damals vorhandenen Betriebsleiter drangefüllt wurden, aber trotzdem in ihrem Eifer nicht nachließen. Heute nun sollten diese alten erprobten Kollegen am Werk sein, die Zahlstelle wieder zu zerstören, um die alten Missstände wieder herbeizuführen? Dieser Kollege möchte den Steinarbeitern Blaubergs mehr Kollegialitätsgefühl empfehlen, er selber aber kennt nicht das geringste davon. Es würde zu weit führen, auf alle Einzelheiten einzugehen. Wir möchten nur noch bloß über die Tätigkeit des Artikelschreibers als Vorständen unserer Zahlstelle einiges berichten. Querst holte er sich von diesen angeblichen Nörgern Auskunft, wie dies und jenes gemacht werde. Als er dann so ziemlich auf die Kippe gestellt war, da ließ er, wahrscheinlich von etlichen Radikalen unterstützt, bei einem Rundschreiben abstimmen, wer dafür sei, daß jene Kollegen,

die zu Hause etwas Landwirtschaft haben, entlassen werden. Obwohl bei dieser Abstimmung bloß circa 10 bis 15 Kollegen dafür stimmt, so wurde er trotzdem beim Betriebsleiter vorstellig und verlangte, daß laut Versammlungsbeschluss die ansässigen Kollegen zu entlassen sind. Nur bei Bekanntheit des Betriebsleiters ist es zu verhindern, daß die Entlassung dieser Kollegen nicht vorgenommen wurde. Das unter diesen Umständen ein Zusammenarbeiten mit einem solchen Vorständen nicht mehr möglich war, ist selbstverständlich. Ein sehr schlechter Zug ist es von dem Kollegen, daß er seinen untenstehen Artikel erst darin veröffentlichte, als er schon elende Wochen den Blauberger Staub vor seinen Füßen geschüttelt hat. Vielleicht lebt er auch noch, den Egoismus zu belämpfen, und seine Solidaritätsgefühl nicht mit dem Geldbeutel vertauschen. Dies die letzten Gründe von den Blauberger Kollegen.

Kedattion: In dieser Angelegenheit, wo nur beide Seiten zum Wort gekommen sind, ist damit Schluss. Es ist ein Mißstand, der erstenartige Weise nur in wenigen Zahlstellen in Erfahrung tritt, verhindert werden kann nicht möglich ist, ist selbstverständlich. Ein sehr schlechter Zug ist es von dem Kollegen, daß er seinen untenstehen Artikel erst darin veröffentlichte, als er schon elende Wochen den Blauberger Staub vor seinen Füßen geschüttelt hat. Vielleicht lebt er auch noch, den Egoismus zu belämpfen, und seine Solidaritätsgefühl nicht mit dem Geldbeutel vertauschen. Dies die letzten Gründe von den Blauberger Kollegen.

Kedattion:

In dieser Angelegenheit, wo nur beide Seiten zum Wort gekommen sind, ist damit Schluss. Es ist ein Mißstand,

wurden aber Namen von Kollegen geführt, die dort ein Jahr oder mehr arbeiteten, ja überhaupt nicht mehr im Betrieb tätig waren. Auf diese Weise wurden, wie bis jetzt festgestellt werden konnte, annähernd sechzigtausend Mark von beiden „Meistern“ unterteilt, wobei natürlich geteilt. Diese gestaltete es der Direktion, einer mündlich, der andere schriftlich. Unsere Firma war schon seit Jahrzehnten vom Arbeiterausschuß aufmerksam gemacht worden, besonders dem Hermann Büttel nicht etwa zu Nutzen vorgesehen war, an Private verlaufen und das Geld einstecken können. Wenn man so leicht Geld verdient, dann kann man sich gewiß auch etwas leisten, wie Schokolade und jeden Tag eine flasche Wein. In einem solchen Betrieb müssen natürlich die Löhne rückwärts und der Betrieb selbst als unrentabel zugrunde gehen.

Weit mehr wird sicher noch die nächste Unterhandlung ergeben, die hoffentlich von der Direktion eingeleitet wird. Am Spätmittwoch wurden hier bei einem Landwirt Lepel, circa 3 Rentner, geholt und der Raum derzeitig gerissen, daß der Lepel 500 M. Belohnung für Erreichung des Todes anstrebt. Zeit endlich, als das Lügengewebe fertig stellte heraus, daß der Täter Hermann Büttel war. Er brachte es fertig, die Kugel im Blättermagazin der Arbeitsstelle, 1/2 Stunde vom Ort entfernt, der Berg zu diesem hat eine Höhe von 600 Meter. Hilfe muß er dazu gehabt haben. Büttel hatte es auch fertig gebracht, einigen Kollegen dieselben Ansichten beizubringen, wie er sie hatte, dadurch wurden andere geschädigt. Solche Fälle könnte man noch viel anführen, aber der Raum im „Steinarbeiter“ würde nicht groß genug sein, alles aufzuzählen. Unsere Kollegen, besonders die Betriebsvertretungen, seien vor diesen Beträgen gewarnt!

Metten. Die Unternehmer des Bahnischen Balbes verschämen es vorzüglich, jede Lohnbewegung ungeheuer in die Länge zu ziehen. Seit Mitte April dieses Jahres stehen wir in Unterhandlung, da-

mit der Grundstundenlohn des Bahnischen Balbes gleichgestellt werden; von 67 auf 75 Pf. Gleichzeitig soll die Teuerungszulage zwischen dem Bahnischen Balbe und dem Bahnhofsviertel mit 10 Prozent Differenz festgesetzt werden. Die Unternehmer des Bahnischen Balbes lehnen jeder Entgegenkommen bei der mündlichen Unterhandlung am 6. Mai in Regensburg ab. Der Schlichtungsausschuss in Deggendorf hat in seiner Sitzung am 9. Juni einstimmig den Schiedsspruch gefällt: Die Grundstundenlöhne des Bahnischen Steinartikels sind dem Bahnischen Balbe gleichzustellen, die Teuerungszulage soll bis 1. Juni 1920 10 Prozent weniger, vom 1. Juni 1920 ab 20 Prozent weniger als im Bahnischen Balbe betragen. Wir haben uns diesem Schiedsspruch unterworfen, die Unternehmer nicht. Von der Gauleitung wurde die Angelegenheit an die Demobilisierungsstelle München geleitet, um die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches herbeizuführen. Die Demobilisierungsstelle hat nun unser Antrag an das Ministerium für soziale Fürsorge weitergeleitet. Auch die Lohnforderung von 600, 600 und 700 Proz. die von der Gauleitung im Auftrag des Zentralvorstandes an den Unternehmerverband gerichtet wurde, wurde ohne jede mündliche Unterhandlung abgelehnt. Es muß hergehoben werden, daß die Unternehmer der kleineren Betriebe, die dem Bahnischen Steinindustriebund nicht angehören, den Schiedsspruch des Deggendorfer Schlichtungsausschusses sofort anerkannten und auch danach zahlten. Wir haben nun in Metten die Tatfrage zu verzeichnen, daß ein Arbeiter, der bei einer Firma in Arbeit steht, die dem Bahnischen Steinindustriebund angehört, in der Stunde um 50 Pf. täglich 4 M. monatlich 100 M. weniger verdient als sein gleichwertiger Kollege. Daß dies auf die Lebenshaltung unserer Kollegen sehr ungünstig einwirkt, wird wohl nicht bestritten werden. Den gegenwärtigen flauen Geschäftsgang nützen die hiesigen Unternehmer ebenfalls sehr zu ihren Gunsten aus. Während auch hier die Unternehmer der kleineren Betriebe bemüht sind, die Arbeiter über die Krise hinweg zu bringen, geht man in den großen und leistungsfähigen Betrieben dazu über, die Arbeiter zu entlassen. Wir werden uns aber hier strikt an die Verordnung vom 12. Februar 1920 halten. Der flache Geschäftsgang soll lediglich als Mittel zum Zweck benutzt werden. Und der Zweck der Übung ist, Wiedereinführung der Altersdorfbörse, jede Lohnhöhung unmöglich machen. In den Arbeitern wird es nur liegen, durch Einflekt und Geschlossenheit diese Bestrebungen der Unternehmer zunächst zu machen.

Leutkirch. Die Firma Feser hier in Leutkirch beobachtet auch eigenartige Praktiken, die es notwendig machen, daß unsere Kollegen vor Arbeitsangebote dieser Firma gewarnt werden. Ende Januar wurde der Kollege Hofmann dort eingestellt mit der Begründung dauernder Arbeit, infolgedessen er auch seine Familie nach dort nahm. Nun die Arbeit zusammenbrach, wird nicht versucht, durch Arbeitszeitverkürzung die Beschäftigten zu halten, sondern gefündigt, dann entlassen. Der Profi, den der einzelne dem Arbeitgeber erschafft, ist nicht dazu da, um diesen Arbeitern über die schlechte Zeit mit hinwegzuhelfen, das sind revolutionäre Gedanken, die dem Herrn Feser so furchtbar und so neu sind, daß er drei Kreuze macht mit dem Blick nach oben und dann schnell auf seine Kasse. Der angerufene Schlichtungsausschuss verfügte die Wiedereinstellung. Herr Feser erschien auch nicht zur Verhandlung, mit solchem Kleinamt gab er sich nicht ab. Den Schiedsspruch lehnt er natürlich auch ab. Er lädt nie, erst belehrt vom Demobilisierungsmischausschuß oder gar erst vom Gericht. Dabei beschäftigt er seine Lehrlinge und den andern Gesellen bis 12 Stunden; sagt dann, die Betreffenden arbeiten für sich. Die Solidarität ist in immer schwer zu über von Kleineigentümern, wie bei dieser Firma. Ja, wenn Solidarität keine Einnahme bedeutete, dann wohl, so aber was schert mich der andere, erst komme ich! In dieser Zeit werden große Ansprüche an Einflekt, Solidarität und Kollegialität gestellt und mancherorts haben wir seltenen Zusammensetzen gesehen; doch in Leutkirch bei Feser kennt man dieses nicht. Die Kollegen in den Kleinenbetrieben müssen manches vermissen zu ihrem Schutz und Recht. Das kommt ihnen erst zum Bewußtsein, wenn sie in Bedrängnis sind. Vorher aber, wo sie auf Grund der vorliegenden Bedeutungen sich leicht herauholen können, wird in einer niemals zu entschuldigenden Gleichgültigkeit oder Leichtgläubigkeit, von Jetzen, von entsprechenden Löhnen usw. weniger geredet, sondern nur feste genagt. Hier liegt der Hase im Pfosten! Das zeigt sich auch wieder bei Feser in Leutkirch. Es trifft hier vollkommen zu, was der „Steinarbeiter“ schon einmal bei anderer Gelegenheit schreibt: „Arbeiter bleibt Arbeiter!“ Auch dann, wenn er sich im Arbeitsdrang noch so weitwirkt in Worten gibt. Ist die Arbeit erledigt, dann hat sich auch alles erlebt. Unsere Kollegen in den kleinen Orten wollen und müssen es endlich einfassen, daß auch sie das Eisen zu schmieden haben, solange es heißt ist. Nachher ist es mit dem Schmieden vorbei!

Tunisendorf. Nicht eigentliche Zustände führen bei der Firma Schleicher-Holsteinindustrie in Tunisendorf zum Streit der Arbeiter. Durch die hierdurch erfolgte Verbesserung innerhalb der Gesellschaft wurde vom Amtsgericht Mühlberg ein Gesellschafter zwangsweise dorthin zur Leitung des Betriebes beordert. Ist es schon eigentlich, daß man dazu einen ganzlich unsachmännischen Mann bestimmte, so berührt es einfach direkt bestehend, daß dieser Herr es ancheinend nur darauf abgesehen hat, den Betrieb in einer Weise unterzuhalten zu möchten, die eine Betriebszinsfeststellung und damit Arbeitszeit von 70 Arbeitern in allernächster Zeit sicher erwarten läßt. Alle Vorstellungen des Betriebes, dem auch ein Angehöriger, das heißt der Betriebsleiter, angehört, blieben bisher nutzlos. Der Betriebsrat und die gesamte Arbeiterschaft leben schon jetzt unter der Machtwirthschaft, die unter der Geschäftsführung getrieben wird. Dringend notwendige Reparaturen, um drohende Unfälle zu verhindern, dürfen nicht vorgenommen werden. Werzeuge, die abgetragen sind, werden nicht ersetzt, Erzeugte, um den

